

Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postgeschäft: Dresden,
Gaben & Comp., Nr. 1288.

Banckto: Gebr. Henßl, Dresden
und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit dem wöchentlichen Bezug „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettkirchenplatz 10. Telefon 26 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettkirchenplatz 10. Telefon 26 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparellseitze 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklameseite 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 25 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellenanzeige 40 Prog. Rabatt für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 177

Dresden, Donnerstag den 31. Juli 1924

35. Jahrg.

Jean Jaurès

Zur zehnjährigen Wiederkehr seines Todesstages

Heute vor zehn Jahren, am Abend des 31. Juli 1914, erschossen in Paris die Schüsse jenes nationalistisch verheerten Jungen, die Jean Jaurès meuchelten. Mit ihm fiel nicht nur einer der strahlenden Kämpfer des Friedens, sondern auch einer der besten Freunde, die das arbeitende Deutschland je darüber über den Vogesen besaß. Eine ausführliche Bildung seiner Bedeutung lassen wir morgen in einer Jaurès-Beilage folgen, denn sein Wirken und sein zieliges Profil lassen sich in den knappen Umrissen eines artikels nicht einzangen.

Es ist eigentlich die gründliche Kenntnis der deutschen Sprache und das leidenschaftliche Studium der deutschen Philosophen, die Jean Jaurès zur Politik überhaupt und zum Sozialismus insbesondere geführt haben. Wie so viele Söhne kleinstadtlicher Eltern in der französischen Provinz, sollte Jaurès Gymnasiast werden. Aber sein ungewöhnliches Wissen sicherte ihm bereits nach der Absolvierung seiner Mittelschulbildung eine glänzende Universitätsausbildung. Nur kurz Zeit war er als Schüler der Philosophie am Gymnasium von Albi tätig, das er wenige Jahre zuvor als Schüler verlassen hatte. Denn der Aufstieg des jungen Philosophen war sehr bald in die Universitätskreise der französischen Provinz gedrungen, die philosophische Fakultät der berühmten, im Mittelalter entstandenen Universität von Toulouse bewarb sich um seine Mitarbeit, und seine teils philosophischen, teils politischen Aussäße eröffneten ihm die Bahn der aktiven Politik. Wie das in Frankreich, besonders im Süden, ganz selbstverständlich ist, er diente Eigenschaften bald, 1893, kaum 30jährig, zum Abgeordneten gewählt. Zunächst sah er unter den bürgerlichen Abgeordneten und galt nicht einmal als besonders weit links gerichtet. Die eigentliche sozialistische Bewegung war damals in Frankreich erst im Werden.

Jaurès wurde durch das eingehende Studium der deutschen Philosophen Kant, Hegel und Fichte auf die tiefen ethi-

schen Wurzeln des sozialistischen Gedankens aufmerksam gemacht. In einer — in lateinischer Sprache verfassten! — Doktorthese, die heute noch als ein Musterbeispiel klassischen Sozialismus gilt, deckte er die tiefen geistigen Zusammenhänge zwischen dem deutschen Philosophen des 18. und 19. Jahrhunderts und der modernen sozialistischen Arbeiterbewegung auf. Die These lautete: Über die Vorläufer des deutschen Sozialismus bei Kant, Fichte und Hegel. Diese glänzende geistige Leistung vor sein erstes Glaubensbekenntnis zum sozialistischen Gedanken, und bald darauf vollzog er seinen politischen Übergang aus dem linksdemokratischen bürgerlichen Lager zu der damals noch kleinen Schar der Kämpfer für die Befreiung des Proletariats.

Seine für einen Franzosen ganz ungewöhnliche Herrschaft der deutschen Sprache und der deutschen Kultur verschaffte ihm die in seinem Lande nur allzu seltene Gabe, Deutschland nicht nur kulturell, sondern auch politisch wichtig zu verstehen. Und so wurde er, bei aller Liebe zum eigenen Vaterlande, ein Internationalist im besten Sinne des Wortes und blieb es bis zu seinem letzten Atmen. Er konnte und erkannte alle Vorzüglichkeiten des deutschen Wesens, aber auch dessen Nachteile. Er begriff die gesichtlichen Ursachen der deutschen politischen Entwicklung wie kein anderer Franzose und sicher auch viel besser als die meisten Deutschen. Er wurde zu einem der treuesten und besten Freunde des deutschen Volkes und gerade deshalb zu einem unerbittlichen, aber auch gerechten Ankläger gegen das wilhelminische Deutschland. Seine berühmte Rede nach der Aktion von Agadir, in der er Frankreich anklagte und zugleich die Brutalität der deutschen Politik schamlos kritisierte und ihre gesichtlichen Ursachen aufdeckte, in einer Art, die zum Teil beinahe einer Entschuldigung gleich, entfesselte einen Sturm der Entrüstung bei den Nationalisten. Überhaupt war er ein geradezu übermenschliches Gerechtigkeitsgefühl der Grundzug seines Wesens und Wirkens. Er hatte niemals das Unrecht der militärischen Annexion Elsaß-Lothringens ohne Volksabstimmung im Jahre 1871 innerlich überwunden, aber eine deutsch-französische Millionenabschlachtung war ihm die Korrektheit dieses historischen Fehlers nicht wert. Denn er

war vor allem ein Mensch! Und weil er ein tiefer Mensch war, mit feinfühlendem Herzen und Gerechtigkeitsinn, war er zugleich eine dichterische Natur. Wenn er schrieb und besonders wenn er sprach, verwandelten sich seine Worte in Verse von hinreichernder Harmonie und Schönheit. Die singende südfranzösische Mundart, verstärkt durch ein grandioses Organ, verlieh seinen Sätzen einen musikalischen Klang, der, wie einst Orpheus, selbst die wildesten Tiere der nationalistischen Reaktion standhaft in seinen Bann zwang.

Ein Philosoph, ein Dichter, ein Mensch, das alles zugleich war der Politiker Jean Jaurès. Und daß dieser Politiker aus eigenem innerstem Antriebe zum Sozialismus kam, zum Internationalisten wurde, wäre allein schon ein Meilenstein für unsre Bewegung. Daß er am Vorabend des Krieges seine Menschlichkeit mit dem Opferkorb bezahlte, erhöht nur unsre stolze Dankbarkeit. Besonders die deutsche Arbeiterbewegung wird seiner immerdar in Ehrfurcht und Liebe gedenken, denn er ist deshalb von Wörtherhand gefallen, weil er, die eigene Heimat liebend und das deutsche Wesen begreifend, es verhindern wollte, daß deutsche und französische Arbeiter sich gegenseitig zerstörten.

Als er 1905 vor Berliner Arbeitern für den bedrohten Frieden sprechen sollte, verbot die weise wilhelminische Regierung die Demonstration; Jaurès durfte nicht sprechen, aber seine Rede kam doch an die Arbeiter: Richard Fischer verlas sie in einer öffentlichen Versammlung. In unserm Kampf sollen uns die Worte voran leuchten, die am Schlusse dieser Rede stehen: „Das Proletariat ist eine lebendige Kraft; und so will es auch schöpferisch auftreten. Es will nicht mehr, daß die Geschlechter des Menschen den Werken des Todes zum Opfer fallen. Hoch und klar leuchtet unsre Pflicht. Wir haben immer mehr zu sorgen für die Verbreitung unserer Ideen. Wir haben immer mehr Kräfte zu erwerben, zu sammeln und zu ordnen. Und dann haben wir den Kampf durchzuführen bis zum endlichen Sieg der internationalen Sozialdemokratie, aus dem ein dauernder Zustand der Gerechtigkeit und des Friedens hervorgehen wird.“

Der bayerische Held

Die Scheu vor Weimar

München, 30. Juli. (Sig. Drath.)

Da große Teile des bayerischen Volkes am 10. August den Geburtstag der republikanischen Reichsverfassung gefeiert wollen, hält die bayerische Regierung das für den günstigsten Augenblick, um eine Verordnung zu erlassen, die auf Grund eines Ministerratsbeschlusses eine Beschränkung der in der breitesten Öffentlichkeit gefeierten Feiern bringt. In einer Pressekonferenz gab der Minister des Innern, Sühl, u. a. folgenden Aufschluß:

„In Bayern geht seit einigen Monaten eine Feierwoche durch das Land. Die Häufung der väterländischen Feiern führt nicht nur zu einer Verflachung des väterländischen Gedankens, sondern auch zur Schädigung des deutschen Volkes vom Ausland her. Die Regierung wird deshalb eine Verordnung erlassen, die das Übermaß von solchen öffentlichen Feierlichkeiten eindämmen. Künftig sollen alle derartigen Veranstaltungen, deren Genehmigung nach den Bestimmungen des Ausnahmestandes erforderlich ist, von den Polizeibehörden einer strengeren Prüfung als bisher unterzogen werden. Feiern und Veranstaltungen unter freiem Himmel werden in der Regel nicht mehr genehmigt. Ausnahmen werden nur dann gewährt, wenn es sich um Veranstaltungen handelt, an denen ein allgemeines Interesse von Volk und Staat besteht. Feierlichkeiten, die von einzelnen Gruppen oder Volksvereinen ausgehen und bei denen angemessen ist, daß sie den Widerspruch, onderdonder Kreise heraustragen, sollen in der nächsten Zeit nicht mehr in der Öffentlichkeit erscheinen dürfen. Solche Veranstaltungen werden nur in geschlossenen Räumen abgehalten. Diese Verordnung gilt bereits für die Feier des Osterfestes am 3. August, des weiteren für die Verfassungsfeier am 10. August. Die Veranstaltungen zur Verfassungsfeier sollen sich grundsätzlich in geschlossenen Räumen abspielen. Außerdem ist für diese Feiern auch die Polizeiliche Genehmigung notwendig. Die gleichen Gesichtspunkte sollen in Zukunft für alle nach den Bestimmungen des Ausnahmestandes genehmigungsfähigen Veranstaltungen unter freiem Himmel gelten.“

Der Minister erklärte außerdem, daß die bayerische Regierung von sich aus keine Verfassungsfeier veranstalten werde. Die bayerische Regierung achte und respektiere zwar die Weimarer Verfassung und trete erforderlichenfalls mit allen Machtmitteln für deren Schuh ein, aber die Regierung habe auch niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ihr die jetzige Reichsverfassung keine reine Freude bereite. Es wäre deshalb eine Decheste von der Regierung gewesen, wenn sie trotzdem eine offizielle Verfassungsfeier veranstaltet hätte.“

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Verordnung einen Sturm der Entrüstung bei den verfassungstreuen Bevölkerung Bayerns und darüber hinaus Deutschlands hervorrufen wird. Denn auch noch so dringende Interpretationsversuche von Regierungssicht können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Verordnung grundfährlich und außerordentlich gegen die Verfassungstreuen und damit gegen die Träger der legitimen Staatsautorität Anwendung findet. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat deshalb beschlossen, für die Sonnabendfeier des Landtages, in der über die Anträge betr. Aufhebung des Ausnahmezustandes entschieden wird, einen Ergründungsantrag einzubringen, der verlangt, daß in Zukunft unter den erlaubten Veranstaltungen und Auszügen unter freiem Himmel auch die Verfassungsfeiern zu rechnen seien.

Wir sind mit der bayerischen Regierung einer Auffassung, daß in Bayern seit Monaten eine Feierwoche durch das Land geht. An dieser Feierwoche trägt aber die Regierung Anniling und schließlich auch das Kabinett Held einen großen Teil Schuld. Der jetzige bayerische Ministerpräsident ist z. B. kaum 14 Tage im Amt, ohne daß er die ihm zur Verfügung stehenden beiden Sonntage als Ministerpräsident nicht feierlich begangen hätte. Schon daraus ergibt sich, daß die neuen Maßnahmen der bayerischen Regierung nur als Vorwand zur Erledigung der Verfassungsfeier zu betrachten sind. Diese Vermutung findet ihre Bestätigung in dem Geständnis des bayerischen Innenministers, der am Mittwoch vor der Münchener Presse erklärte, daß er und seine Ministerkollegen an der Weimarer Verfassung keine „reine Freude“ haben. Herr Hitler, dessen „Erholungsaufenthalt“ in Landsberg bald abgelaufen ist, und Budendorf werden nicht verschleiern, aus dieser Neuerzung das Recht zu einer neuen gewaltfamen Aktion gegen den Staat zu schlußfolgern. Sie dürfen sich mit Recht sagen, daß Minister, die keine „reine Freude“ an der Verfassung haben, als verfassungswidrig im Amt zu betrachten sind und infolgedessen auch durch einen Putsch abgesetzt werden können.

Der Kampf um die Anleihe

(Von unserem Londoner Korrespondenten.)

Am zweiten Wochenende befindet sich die Londoner Konferenz in einem kritischen Punkte. Sie hat einige Tage geschäftigen Stillstand hinter sich. Aber die Geschichte dieser Woche ist nichts als die Geschichte geraubter Illusionen: die Politiker haben zuletzt erkennen müssen, daß das Kompromiß in der Frage der Sanctionen und Verfehlungen null und nichtig ist, unbrauchbar, trotzdem es ohne jeden Zweifel ein Ausdruck der tatsächlichen Machtverhältnisse auf der Konferenz ist und ebenso zweitelles in den vergangenen Jahren damit auch schon eine neue politische Tatsache geschaffen hätte. Die Zeit, in der der Politiker die Reparationspolitik beherrschte, scheint aber vorbei zu sein. Es spielt sich hier, unter unsrem Auge, deutlich eine neue Etappe in der Geschichte der Weltkriegspolitik ab. — Bis jetzt waren die Regelungen von Versailles angefangen über Spa bis London (mit einziger Ausnahme des allerdings niemals verwirklichten Wiesbadener Abkommen) politische Kompromisse, auch soviel sie wirtschaftliche Regelungen zum Gegenstand hatten. Sie sind deshalb auch praktisch gebliebt, weil sich der wirtschaftliche Neutralismus den politischen Forderungen und Machtverhältnissen nicht im erwarteten Ausmaß anzupassen vermochte, sondern mit den Fliegerkuren in der Inflation und ähnlichem, leichtbar genug reagierte. Diese neue Konferenz unterscheidet sich aber grundlegend von allen bisherigen darin, daß das wirtschaftliche Argument nicht mehr in die Rolle des Experten, des unumstößlichen Beraters zurückgedrängt ist, über dessen Maßstäbe man nach Belieben zur Tagessordnung übergehen kann, sondern daß es zum ersten Male mit der ganzen Fülle realer Macht bekleidet ist. Es kann diesmal nicht mehr gelingen, irgendwie politisches Kompromiß zu einer politischen Tatsache zu machen, weil — im Gegensatz zu früheren Konferenzen — ein wesentlicher Bestandteil der Regelung die Verwirklichung einer internationalen Anleihe ist. Das ist das Neue, und das ist in gewissem Sinne das Gute. Denn wenn früher erst die Erfahrung jene Kompromisse umstoßen konnte, so ist diesmal die Korrektur der nüchternen Wirklichkeit schon auf der Konferenz selbst gegeben. Der Widerstand, der früher der Zukunft vorbehalten blieb, ist nun verkörper in den Bankiers, die die Interessen der aufkommenden Anleihezeichner wahren, die ihren Kunden die Anlage ihres Geldes nicht empfehlen zu können glauben.